



EDITORIAL



Foto: Privat

Liebe Leserin, lieber Leser,

Corona hat wie in einem Brennglas gezeigt, dass die Lasten bei uns ungleich verteilt sind. Unsere wirklichen Leistungsträgerinnen werden nicht ausreichend bezahlt. Wo Menschen – zum Beispiel in Familien – für einander Sorge tragen, werden Sie zu häufig allein gelassen. Wenn Gesundheit auf Profit getrimmt wird, kommt sie in der Krise ins Wanken. Anstatt Stärke in die Pflicht zu nehmen, werden Schwache zu oft ausgegrenzt.

Die letzten Monate haben gezeigt worauf es ankommt: Rücksicht, Verständnis und Unterstützung und eine funktionierende öffentliche Verwaltung. Konkret bedeutet das: Das Gesundheitssystem stärker zu unterstützen. Darauf zu achten, dass wir die Folgen für Familien durch einen Corona-Bonus und eine vernünftige Öffnung von Schulen und Kitas schnell mindern. Besonders die kleinen Geschäfte und viele in der Kultur und Gastronomie haben unter den Schließungen gelitten. Dafür braucht es einen unbürokratischen finanziellen Ausgleich.

Unser Umgang mit der Pandemie hat mich dazu bewegt, für den Bundestag zu kandidieren. Ich will, dass in Zukunft nicht mehr an den falschen Stellen gespart wird und wir uns wieder darauf besinnen, wer die wirklichen Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft sind.

Ruppert Stüwe
Kreisvorsitzender
SPD Steglitz-Zehlendorf



Franziska Giffey ist die SPD-Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenhauswahl 2021

Foto: Privat

IN DIESER AUSGABE

BERLIN IST WEIBLICH!

Landesunternehmen sind Vorreiter **SEITE 2**

IM GESPRÄCH

Franziska Giffey: Hingehen – Zuhören – Anpacken **SEITE 3**

FRAUENPOWER

Vorständinnen in Berlin **SEITE 4**

CORONA-KRISE

Raed Saleh: Nicht sparen, sondern investieren **SEITE 5**

HOMEOFFICE MIT KINDERN

Wie Familien durch die Krise kommen **SEITE 7**

PANDEMIE

Geschlechterverhältnisse in Krisenzeiten **SEITE 8**

Berlin ist eine Herzenssache

Franziska Giffey und Raed Saleh lieben ihre Stadt und wollen sie noch besser machen

Vorbilder, Meilensteine, Herzenssache – genau darüber spricht die SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey im Interview mit dem Berliner Stadtblatt anlässlich des Internationalen Frauentags.

Vorbilder, das sind Frauen in Vorstandsetagen großer deutscher Unternehmen. Meilenstein, das ist ein Gesetz, welches die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft regelt. Und eine Herzenssache? Das ist Berlin, denn die Hauptstadt „gehört zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt“, sagt SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey.

Herzenssache Berlin – das ist auch der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD: „Wir wollen an bisherige Erfolge anknüpfen und die Stadt als lebenswerte Metropole weiterentwickeln.“

Nach dieser Devise bilden „fünf B's“ das Herzstück des Programms: **Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit.** Welche Stadt stellt sich Franziska Giffey konkret vor, was sie außerdem zu den Öffnungen der Schulen und Kitas sagt und wie genau der anfangs erwähnte Meilenstein die Gesellschaft verändern kann, lesen Sie im Interview.

Raed Saleh, Co-Vorsitzender der Berliner SPD, möchte in der Corona-Krise nicht sparen, sondern investieren. Dabei geht es ihm „um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt“, sagt er. Und damit meint er die Beschäftigten in der Gastronomie und im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer, Menschen in der Kultur, Berlinerinnen und Berliner, „die unsere weltweit bewunderten

Clubs betreiben. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten“, erklärt der SPD-Landesvorsitzende. Vor allem müsse man sich da um die Familien kümmern: Die Pandemie dürfe nicht die Startchancen für viele Kinder verschlechtern.

Eines ist ihm in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Soziale und innere Sicherheit gehören zusammen. „Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner keine Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden“, erklärt er. Keiner solle sich ständig vor Arbeitslosigkeit oder immer höheren Lebenskosten fürchten müssen. Deshalb setzt sich die SPD Berlin für eine starke Berliner Wirtschaft ein und dafür, dass die Bildung weiterhin kostenfrei bleibt. Sicherheit fange aber auch im Kopf an: „Die meisten Menschen sind auf einen starken Staat angewiesen.“

Das heißt für ihn unter anderem mehr Streifen in den U-Bahnhöfen und mehr Kontaktbereichsbeamte. Wie er und Franziska Giffey Berlin nach Corona wirtschaftlich wieder an die Spitze Deutschlands bringen wollen und wie er im Wahlkampf eine Balance zwischen Außen- und Innenstadtbezirken herstellen will, verdeutlicht auch er im Interview.

Franziska Giffey und Raed Saleh versprochen nach dem ersten digitalen Parteitag der Berliner SPD im vergangenen Jahr, dass sie als Führungsduo vor allem eins sein wollen: nahbar. Diesem Vorsatz folgend ist die SPD-Spitzenkandidatin auf großer „#HerzenssacheBerlin Tour“, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen.

Die Interviews lesen Sie auf den Seiten 3 und 5

Brot und Rosen

110 Jahre Frauentag am 8. März

Frauenwahlrecht – heute selbstverständlich, noch vor einhundertzehn Jahren das Ziel des ersten Frauentags. Aber was damals seinen Anfang nahm, lässt sich nicht mehr aufhalten.

Seither ist die Parole „Brot und Rosen“ fester Bestandteil dieses Feiertags. Ohne die Corona-Pandemie würden wir zum Gedenken, zur Ermutigung und weil alle Frauen sie verdient haben, auch Rosen verteilen. Doch dieses Jahr ist das Rosenverteilen keine Option.

Stattdessen müssen wir dieses Jahr Brot fordern! Brot in Form von gerechter politischer und gesellschaftlicher Teilhabe von Frauen.

Die Möglichkeit gewählt zu werden, reicht nach über 100 Jahren Wahlrecht dafür noch nicht aus. Das angekündigte Paritätsgesetz verschafft Abhilfe, gleiche Chancen und mehr Repräsentanz herzustellen.

Viel Zeit bleibt uns aber nicht, denn wenn wir nächstes Jahr wieder Rosen verteilen können, kann die politische Realität für ein Paritätsgesetz wieder anders aussehen. Wir hoffen aber, dass es uns gelingt, dass wir Frauen Türen öffnen und Gesetze schaffen. Das sind die besten Rosen!

Gabriele Schraudolf
Vorsitzende AsF
Steglitz-Zehlendorf

Mehr Geld für den U-Bahn-Ausbau

Nur durch Bundesmittel kann es einen ÖPNV geben, der wirklich attraktiv



Foto: Adobe Stock/travelview

Endlich geht es beim U-Bahnausbau weiter voran. Der Senat hat Untersuchungen für die Erweiterung bestehender Strecken in Auftrag gegeben.

Für Steglitz-Zehlendorf ist besonders interessant, dass die Lücke zwischen Krumme Lanke und Mexikoplatz durch eine Verlängerung der U3 möglichst schnell geschlossen werden soll. Dafür hat sich die SPD seit langem eingesetzt.

Der Autoverkehr kann nur durch einen leistungsfähigen ÖPNV verringert werden. Dazu braucht es aber mehr Investitionen in den Regionalverkehr, die S-Bahn und die U-Bahn. In Steglitz-Zehlendorf sind das: Der zweigleisige Ausbau

der S25, so dass der Takt dort erhöht werden kann. Der Wiederaufbau der Stammbahn von Potsdam zum Potsdamer Platz, um die Verbindung ins Zentrum noch einmal zu beschleunigen und perspektivisch eine Verlängerung der U9 bis nach Lankwitz. Heute ist die Strecke zwischen Rathaus Steglitz und Lankwitz eine der meistbefahrenen Busstrecken Berlins.

Übrigens: Der Ausbau der Schienen könnte zum Großteil vom Bund finanziert werden. Deshalb will ich mich für einen solchen Schwerpunkt im nächsten Bundestag einsetzen.

Ruppert Stüwe · Kandidat für den Deutschen Bundestag

KURZ NOTIERT

TEMPORÄRE SPIELSTRASSEN

Die Bezirksverordnetenversammlung hat auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, auch in Steglitz-Zehlendorf temporäre Spielstraßen einführen zu wollen.

Sie sind eine gute Ergänzung zu bestehenden Spielplätzen. Sie schaffen mehr Platz für Kinder in der Stadt und ermöglichen andere Spielmöglichkeiten. Wichtig ist dazu die mehrheitliche Unterstützung der jeweiligen Anwohnenden und deren Bereitschaft, bei den temporären Sperrungen Aufsichtsfunktionen zu übernehmen. Das SPD-Engagement für temporäre Spielstraßen in Steglitz-Zehlendorf zahlt sich damit aus.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN RUMPELBASAR

Die SPD in der BVV hat sich dafür eingesetzt, dass der in Not geratene Rumpelbasar unterstützt wird und an seinem Standort bleiben kann.

Der Rumpel-Basar ist eine im Bezirk anerkannte Einrichtung, die bedürftigen Menschen hilft. Die Mitarbeitenden sind ehrenamtlich tätig. Der Basar ist coronabedingt in eine finanzielle Schieflage geraten und steht vor dem Aus. Nun kümmert sich auch das Bezirksamt darum dieses wichtige Angebot zu erhalten.

Berlin ist weiblich!

Landesunternehmen in Berlin sind Vorreiter

In Berlin leben 51 % Frauen. Wie in Deutschland insgesamt, sind Frauen also in der Mehrheit. Der Anteil weiblicher Führungskräfte in den Dax-Vorständen sank 2020 von 14,7 auf 12,8 %. Würden vorhandene Strukturen Frauen nicht diskriminieren, wäre das Verhältnis offenkundig ein anderes – und es gilt festzustellen, dass sich der Trend vergangenes Jahr zudem in eine falsche Richtung bewegt hat.

BERLIN NIMMT CHANCENGLEICHHEIT ERNST

Die konsequente Förderung der Chancengleichheit ist also kein alter Hut, sondern wichtiger denn je. Wo das Land Berlin Verantwortung trägt, wie bei den Landesunternehmen, sind deutlich mehr Frauen in Spitzenpositionen. 53,2 % der Positionen in den Aufsichtsgremien sind mit Frauen besetzt. Mitte 2011 waren es noch 11,7 %. Das zeigt, es geht. Und unsere Landesunternehmen sind wirklich keine Leichtgewichte. 2019 war ein Jahr der Rekorde. 5,5 Mrd. Euro wurde in die städtischen Infrastrukturen, wie landeseigenen Wohnraum, investiert – 70 % mehr als im Vorjahr!

Im aktuellen Berichtsbericht wurde auch erstmals zum Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ berichtet. Damit verfolgt das Land Berlin in den Beteiligungsunter-



Matthias Kollatz

Foto: Tobias von dem Berge

nehmen eine Politik, die auch bundesweit beispielhaft ist.

DAS LAND HAT BUNDESWEIT EINE SPITZENPOSITION INNE

Das zeigt auch der Frauenanteil von 38,7 % in den Geschäftsführungen der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, dreimal mehr als in den großen Privatunternehmen. Dass die Stimmen nach einer Frauenquote lauter werden, zeigt vor allem, dass in manchen Bereichen der Wirtschaft zu wenig unternommen wird. Der

Wert ist aber auch im Vergleich zu anderen Bundesländern und Städten sehr gut.

Ich werbe dafür, dass Topbesetzung und Gleichstellung sich nicht ausschließen. In Berlin arbeiten fachlich hervorragend qualifizierte Frauen. Knapp 45 % der Führungskräfte in der Hauptverwaltung waren 2019 weiblich, in der Bezirksverwaltung rund 57 %. Das Land Berlin ist als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert und hat jüngst mit der neuen Dienstvereinbarung größere örtliche Gestaltungsfreiheit bei der Wahl des Tele-

arbeitsplatzes erlaubt. Das trägt zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege bei, und damit wirbt das Land als Arbeitgeber.

Diskriminierungsfreiere Strukturen schaffen hat neben Wollen und Durchsetzen auch viel mit Wissen zu tun. Über das Instrument des Gender-Budgeting erheben wir seit 2003 Daten wie Haushaltsmittel unter Gendergesichtspunkten wirken. Auch das hilft steuern.

Matthias Kollatz
Mitglied des Abgeordnetenhauses
und Finanzsenator

IMPRESSUM

BERLINER STADTBLATT

Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken

LANDESSEITEN
(Seiten 1 oben, 3, 4, 5, 6, 7)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Annett Seltz (V.i.S.d.P.)
Müllerstraße 163, 13353 Berlin
Tel. 030-4692222
https://spd.berlin

Redaktion der Landesseiten:
Sebastian Thomas (Leitung), Ulrich Horb,
Ulrich Rosenbaum, Ulrich Schulte-Döinghaus

Bezirksseiten STEGLITZ-ZEHLENDORF
(S. 1 links/unten, 2, 8)

Herausgeber:
SPD Steglitz-Zehlendorf
Kreisvorsitzender Ruppert Stüwe (V.i.S.d.P.)
Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Kontakt:
www.spd-suedwest.de
info@spd-suedwest.de

Redaktion: Mirjam Golm, Ruppert Stüwe

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Rätselestellung: Ulrich Schulte-Döinghaus

Klimaschutz in Steglitz-Zehlendorf

Wie wird die sozial-ökologische Frage im Bezirk beantwortet?

Am 17. Februar 2021 wurde nach fast anderthalb Jahren der von der SPD eingebrachte Klimaantrag in der BVV beschlossen.

Um Steglitz-Zehlendorf in Richtung eines klimafreundlichen Bezirks voranzubringen, ist ein Umdenken gefragt. Gute Klima- und Umweltpolitik kann nicht allein darin bestehen, neue Bäume zu pflanzen. Dies ist zu kurz gedacht und beachtet nicht die Folgen des Klimawandels, wie zu warme Winter und trockene bzw. sehr heiße Sommer. Denn was nützt uns das Pflanzen von Bäumen, wenn wir uns nicht damit auseinandersetzen, was mit diesen anschließend passiert?

Klimaschutz geht uns alle an – und die Zeit drängt. Frei nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ müssen die Bezirke dabei eine aktive Rolle einnehmen. Es ist noch viel zu tun. Ein Beispiel ist die notwendige schnelle Umsetzung der Mobilitätswende. Das Mobilitätsgesetz, das die SPD maßgeblich vorangetrieben hat, muss im Bezirk endlich konsequent umgesetzt werden. Dabei stellen sich viele Fragen: Warum schafft es der Bezirk nicht, den Ausbau und die Sanierung der Radwege voranzutreiben? Wo bleiben ausreichende Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Verkehrsknotenpunkten? Wie können Schul-

wege sicherer gemacht werden? Wie kann der ÖPNV ausgebaut werden? Wie können wir Gehwege sanieren und barrierefrei machen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen sind wir alle miteinander gut beraten, wenn wir die Ideen der zahlreichen Initiativen im Bezirk aufgreifen, wie von Fridays for Future oder Radbezirk Steglitz-Zehlendorf. Um in diesen Punkten und vielen anderen voranzukommen, haben wir konsequent unseren Antrag in der BVV weiterverhandelt. Der beschlossene Antrag stellt den kleinsten gemeinsamen Nenner dar, der mit der schwarz-grünen Zahlengemeinschaft erreichbar ist. Kein

Grund zu feiern, aber eine Grundlage, auf der man aufbauen kann.

Mit Schwerpunkten bei Wohnen, Mobilität und Umweltthemen wollen wir eine Politik vorantreiben, die sich mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzt und diese (wenn noch möglich) eingrenzt. Zur Gestaltung des Bezirks von morgen – gemeinsam mit den Bürger*innen. Hierfür braucht es aber andere Mehrheiten und andere Bündnisse in Steglitz-Zehlendorf. Der September 2021 kann hier ein Anfang sein.

Olemia Flores Ramirez
Bezirksverordnete

Lebensqualität darf nicht vom Wohnort abhängen

Quartiersmanagement in Lichterfelde Süd gestartet

Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2018 hatte eine starke Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Thermometersiedlung festgestellt. Das war Anlass für die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung, ein Quartiersmanagement (QM) für die Thermometersiedlung zu fordern.

Der Bezirk hat gehandelt und ein QM von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen bewilligt bekommen.

Seit Januar 2021 ist es nun soweit. Der Träger Kunstwelt e.V. hat den Auftrag für ein QM erhalten. Mit seinem Vorortbüro wird der Verein künftig aus den ehemaligen Räu-

men des Bus-Stop (Celsiusstraße 71-73) tätig sein.

Das Berliner QM setzt sich aus diversen Fonds zusammen. Einige sollen von Bewohner*innen gesteuert werden: Ein Aktionsfonds von jährlich 10.000 € ermöglicht kurzfristige Aktionen, wie z. B. ein Nachbarschaftsfest (max. 1.500 €). Eine Aktionsfondsjury entscheidet über die Vergabe der Mittel und wird von Bewohner*innen der Siedlung wahrscheinlich in der 2. Jahreshälfte gewählt.

Zentrales Beteiligungsgremium wird jedoch der Quartiersrat sein: Er berät sich über langfristige Strategien und Projektideen, die über einen Projektfonds Umsetzung



Die Thermometersiedlung ist das Gebiet des neuen Quartiersmanagements

Foto: SPD Steglitz-Zehlendorf

finden sollen. Dieser steht der Thermometersiedlung voraussichtlich ab Mitte 2021 zur Verfügung. Der Quartiersrat der Thermometersiedlung wird in der 2. Jahreshälfte von den Bewohner*innen gewählt und setzt sich mehrheitlich aus Bewohner*innen aber auch aus Vertreter*innen örtlicher Akteure und Einrichtungen zusammen. -

Die SPD Steglitz-Zehlendorf begrüßt den Quartiersrat und wird sich engagiert dafür einsetzen, der Nachbarschaft vor Ort eine Stimme zu geben!

Carolyn Macmillan
Bezirksverordnete

www.qm-thermometersiedlung.de

„Den Menschen zuhören und sie ernstnehmen“

Ein Gespräch mit Franziska Giffey über Meilensteine, Vorbilder und eine Herzenssache

Berliner Stadtblatt: „Herzenssache Berlin“ ist der Titel des Landeswahlprogramms der Berliner SPD. Was macht die Hauptstadt in deinen Augen besonders?

Franziska Giffey: Berlin gehört mit all seinen verschiedenen Facetten zu den attraktivsten Städten Europas und der ganzen Welt. Mit „Herzenssache Berlin“ wollen wir an die bisherigen Erfolge anknüpfen und Berlin als lebenswerte Metropole mit Herz und Verstand weiterentwickeln. Das drückt sich in unserem Wahlprogramm aus: Getreu dem Titel bilden die fünf Bs – Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit – das Herzstück des Programms. Dabei wollen wir eine Stadt, die vor allem sicher und sozial ist. Ein Berlin, das innovativ, zukunftsfähig und ökologisch ist. Wir wollen außerdem eine Stadt in der Vielfalt und Freiheit gelebt wird, eine Metropole der großen Chancen – frei nach dem Motto: Jedes Kind soll es schaffen, seinen Weg zu gehen.

Nicht nur das Wahlprogramm der SPD Berlin trägt diesen Namen, sondern auch deine Tour, die Mitte März beginnt.

Ja, auf der „Herzenssache Berlin Tour“ möchte ich mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch kommen. Durch die besonderen Treffen folge ich meiner Devise, nach der ich Politik mache: Hingehen, zuhören, anpacken. Wenn wir



Franziska Giffey, Spitzenkandidatin der Berliner SPD für die kommende Abgeordnetenhauswahl, tourt durch die Bezirke, um mit den Berlinerinnen und Berlinern ins Gespräch zu kommen.

Foto: Nils Hasenau

„
Meine Devise,
nach der ich
Politik mache:
Hingehen,
zuhören,
anpacken.“

“
Franziska Giffey

Diese Ausgabe des Berliner Stadtblatts beschäftigt sich mit dem Internationalen Frauentag und somit auch mit Gleichstellung in jedem Lebensbereich. So ein Bereich ist beispielsweise die Arbeitswelt, und gerade an den Spitzen deutscher Top-Unternehmen sind Frauen bisher Mangelware. Doch Anfang dieses Jahres gab es doch dazu eine gute Nachricht?

Ja, gemeinsam mit Bundesjustizministerin Christine Lambrecht habe ich ein Gesetz erarbeitet, das die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst regelt. Und was soll ich sagen: Es ist ein Meilenstein. Wir sorgen dafür, dass es künftig keine frauenfreien Vorstandsetagen in den betreffenden großen deutschen Unternehmen mehr geben wird. Außerdem handeln wir so im Sinne einer zukunftsfähigen, modernen Gesellschaft und schöpfen die Potentiale unseres Landes besser aus.

Leider haben wir über Jahre gesehen: Freiwillig tut sich sehr wenig, und es geht sehr langsam. Dieses Gesetz wird das nun ändern. Qualifizierte Frauen in Führung bereichern das Wirtschafts- und Arbeitsleben, sind Vorbilder. Sie sorgen damit erwiesenermaßen für mehr Erfolg. Die neuen Regelungen schaffen mehr Verbindlichkeit, und der öffentliche Dienst geht mit gutem Beispiel voran.

Fragen: Sebastian Thomas

mit den Menschen in Berlin ins Gespräch kommen, ihnen zuhören, ihre Sorgen und Probleme ernst nehmen und unsere Politik danach ausrichten, bin ich felsenfest davon überzeugt, dass wir einen erfolgreichen Wahlkampf führen werden.

Devise ist das Stichwort. In einem Interview mit der BERLINER STIMME zum Thema Bildung sagtest du einmal: Jedes Kind soll es

packen. Nun haben wir eine Pandemie, befinden uns im Lockdown und bis vor kurzem haben Eltern ihre Kinder noch zuhause betreut und unterrichtet. Ende Februar hat Berlin wieder seine Kitas und Schulen geöffnet. Ein wichtiger Schritt?

Diese Entscheidung haben sich die Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern nicht leicht gemacht. Noch vor dem Treffen Anfang Februar habe ich mich für

Öffnungsperspektiven und -schritte ausgesprochen. Zwei Dinge müssen wir dabei immer im Blick haben: das Wohl der Kinder und den Schutz der Gesundheit – für Kinder, Eltern und das Personal. Und eine andere Sache ebenso: Für die Wirtschaft ist entscheidend, dass Mütter und Väter wieder arbeiten und Beruf sowie Familie vereinbaren können – denn eines ist sicher: Kinderbetreuung ist systemrelevant.

Die fünf großen B's der Berliner Sozialdemokratie

Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernahe Verwaltung und Berlin in Sicherheit sind die zentralen Themen

BAUEN

Menschen ziehen begeistert nach Berlin und wir heißen sie willkommen. Um denen, die schon hier leben, und denen, die neu hinzukommen, bezahlbares Wohnen zu ermöglichen, muss eine attraktive Stadt Wohnungen bauen.

In unserem Wahlprogramm 2021 setzen wir uns daher klare Ziele: Wir wollen 200.000 neue Wohnungen bis 2030 bauen. Wir fördern eine soziale, nachhaltige und sichere Verkehrswende durch den Ausbau der E-Mobilität, des ÖPNV und der Sanierung von Rad- und Fußwegen. Und wir werden Mieterinnen und Mieter schützen, Gewerberäume sichern und den Verkehr stadtvorgängig regulieren.

Wir begrüßen es, dass der Berliner Senat die Kosten-Nutzen-Analyse für die Verlängerung der U7 beschlossen hat. „Berlin braucht ein leistungsfähiges, hochwertiges und schnelles Verkehrsnetz, damit die Berlinerinnen und Berliner rund um die Uhr zuverlässig an ihr Ziel kommen“, sagt SPD-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Franziska Giffey. Die Verlängerung der U7 bis zur Heerstraße in die eine und bis zum BER in die andere Richtung gehöre deshalb schon lange zu den Forderungen der Berliner SPD. „Ein Hauptstadtflughafen braucht auch eine Hauptstadtanbindung – das ist meine Botschaft seit 2015, als ich Neuköllner Bezirksbürgermeisterin wurde.“ Jeder Ausbau des Liniennetzes in die Außenbezirke hinein sei ein wichtiger Beitrag,

damit Berlin nicht nur in die Dichte und Höhe, sondern auch in die Breite wachsen kann. „Das ist entscheidend für eine gute Zukunft in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. So kann auch die klimafreundliche Stadt gelingen“, sagt sie abschließend.

BILDUNG

Bildung ermöglicht Zukunftsperspektiven. Wir richten daher unsere Bildungspolitik auf das zentrale Ziel der Chancengerechtigkeit aus.

Den Weg zu gerechten und fair verteilten Bildungschancen für alle wollen wir weitergehen: Mit Strukturen, die soziale Ungleichheit verhindern und Wert auf gemeinsames Lernen legen. Durch einen Ausbau der Kitaplätze, Digitalisierung in Schulen, Kitas und Hochschulen, bessere Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen und Lehrer*innen und einer Förderung der Erwachsenenbildung ermöglichen wir gute Bildung für alle. Gesellschaftlichen Herausforderungen wollen wir mit exzellenter Forschung begegnen und Berlin als herausragenden Wissenschaftsstandort stärken.

BESTE WIRTSCHAFT

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte Berlin im Bundesvergleich seit über 15 Jahren das höchste Wirtschaftswachstum. Die von der Dienstleistungs-, Kultur- und Tourismusbranche geprägte Berliner Wirtschaft ist von den Auswirkungen der Pan-



Foto: AdobeStock/Pyrosky

demie besonders hart getroffen. Unser Ziel ist es, dass die Wirtschaft wieder auf Erfolgskurs kommt und zu ihrer alten Stärke zurückfindet.

Gute Arbeit heißt für uns, dass gerechte und existenzsichernde Löhne gezahlt werden. Werkverträge, befristete Arbeitsverträge, Minijobs und Leiharbeit müssen die Ausnahme sein, weswegen wir auf die konsequente Vermeidung dieser Arbeitsmodelle und den Abbau per-

kärer Beschäftigungen hinarbeiten. Denn wir wollen sicherstellen, dass alle an Erwerbsarbeit teilhaben und diese mit den anderen Bereichen ihres Lebens vereinbaren können.

BÜRGERNAHE VERWALTUNG

Eine gute Verwaltung ist die Basis für das Funktionieren einer Großstadt. Der öffentliche Dienst ist der Garant für Stabilität und eine tragende Säule unserer Demokratie.

Wir wollen eine gut ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und gestärkte Stadtverwaltung, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadt noch besser für alle in Berlin arbeiten können. Dies wollen wir durch einen noch effizienteren Verwaltungsservice, Digitalisierung und Breitbandausbau sowie durch verantwortungsvolle und verlässliche Finanz- und Haushaltspolitik gewährleisten.

BERLIN IN SICHERHEIT

Wer in Berlin lebt, muss sich sicher fühlen können.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bedeutet Sicherheit nicht nur Schutz vor Kriminalität, sondern auch vor sozialem Abstieg, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle Menschen in unserer Stadt sicher leben können. Unsere Pläne umfassen die Themen soziale Sicherheit, Justiz und Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste sowie den Kampf gegen Hass, Gewalt, Terror und Vorurteile. Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein.

Mehr zum Wahlprogramm online:
<https://spd.berlin/wahl>



„Nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich“

Geben Frauen den Ton anders an? Darüber sprach das Berliner Stadtblatt mit zwei weiblichen Berliner Führungskräften

Sie sind beide Frauen, arbeiten in Berlin – und sind Führungskräfte: Barbara Slowik und Stephanie Otto. Erstere ist seit April 2018 Polizeipräsidentin und leitet die größte Sicherheitsbehörde des Landes Berlin. Stephanie Otto ist Vorstandsvorsitzende der Berliner Stadtreinigung (BSR) – dem größten kommunale Stadtreinigungsunternehmen Deutschlands.

„Um anerkannt zu werden, müssen Männer wie Frauen Leistung zeigen. Ich habe als Frau nie das Gefühl gehabt, dass ich mehr leisten muss als ein Mann“, sagt Stephanie Otto. Anders äußert sich Barbara Slowik: „Als Frau muss man Spitzenleistungen bringen, um gefördert zu werden.“ Ausnahmen gebe es, nämlich da, „wo Frauenanteile bewusst erhöht werden sollen, beziehungsweise dort, wo eine Frau für eine Spitzenposition gesucht wird“.

Einen Unterschied im Führungsstil der Geschlechter zu verallgemeinern, findet die Polizeipräsidentin jedoch eher schwierig. Würde man das hingegen pauschalisieren, denke sie schon, dass Männer Hierarchien, deutlich mehr leben, „während Frauen vielleicht mehr auf den Teamgedanken setzen“. Ein Führungsstil der gegenseitigen Wertschätzung, des Respekts und des Zuhörens, der ihr wichtig ist, sei heute überall gefordert und weit verbreitet. Für Stephanie Otto ist die Frage nach einem Unterschied nicht nur eine Sache des Geschlechts, sondern vor allem der Generation.



Polizeipräsidentin Barbara Slowik (l.) trägt Verantwortung für rund 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Stephanie Otto steht der Berliner Straßenreinigung (BSR) mit 6.000 Beschäftigten vor.



Fotos: Polizei Berlin / BSR

Ein Chef sei früher jemand gewesen, der vermeintlich alles wusste. „Veränderungen passieren heute so schnell, und es gibt unglaublich viele Informationen. Darum braucht es auch eine andere Art der Führung. Eine Führungskraft muss die Menschen in die Entscheidungsfindung miteinbeziehen, muss Strategie, Lenker, Kommunikator sein.“

Angesprochen auf die Frage, was sie Frauen sagen würde, die eine Führungsposition anstreben, antwortet die Chefin der BSR: „Walk the Talk – reden alleine reicht nicht. Unterstützung bekommt nur, wer seine Regeln und Visionen jeden Tag vorlebt. Und Du bist nur so gut wie Dein Team.“ Barbara Slowik rät dazu: „Trauen Sie sich etwas zu –

viele Frauen hinterfragen oft viel zu sehr Ihre Fähigkeiten.“ Sie würden Anforderungsprofile Punkt für Punkt durchgehen und kritisch prüfen, was sie wirklich erfüllen und was nicht. „Männer lesen solche Profile, wenn überhaupt, häufig quer. Wenn sie die formalen Anforderungen erfüllen, bewerben sie sich. Frauen könnten mehr in die

Offensive gehen und nach dem Motto handeln: Jetzt komme ich.“

Sebastian Thomas

Ein Interview mit Barbara Slowik und Stephanie Otto finden Sie hier:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/frauen-fuehrungskraefte-slowik-otto>

Es macht die Gesellschaft besser

Der Frauentag erinnert die Geschlechter daran, für Gleichstellung zu kämpfen

Was macht den 8. März so besonders? Eine Antwort darauf geben Franziska Giffey, SPD-Landesvorsitzende, und ihre Stellvertreterin Iris Spranger.

Jedes Jahr am 8. März haben wir Frauen Grund zu feiern. Dieses Datum erinnert uns daran, dass Gleichstellung nicht nur ein Wort ist. 2020 brachten wir ressortübergreifend die erste Gleichstellungsstrategie des Bundes auf den Weg. Zum allerersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik starteten wir ein Bundesförderprogramm gegen Gewalt an Frauen. Doch es gibt noch viel zu tun. Bereits vor der Pandemie arbeiteten viele Frauen in systemrelevanten Berufsgruppen. Sie halten den sprichwörtlichen Laden am Laufen – jedoch: Wie Männer bezahlt werden sie nicht, obwohl sie in der Krise die meisten Lasten tragen. Deshalb setzen wir uns für Entgeltgleichheit und die Beseitigung der Lohn- und Rentenlücke zwischen Männern und Frauen ein. Genauso sollten Frauen die gleichen Chancen bekommen – in der Wirtschaft, in der Politik, wo sie Führungspositionen besetzen.

Dasselbe gilt in den Familien: Väter und Mütter sollen sich gemeinsam um den Haushalt kümmern und Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter aufteilen können. Gleichstellung macht unsere Gesellschaft besser. Dabei sind Frauen und Männer gleichermaßen gefordert, denn nur partnerschaftlich lässt sich wirklich etwas bewegen.

Überdies ist der Frauentag in Berlin ein Feiertag. Dafür hat sich



Iris Spranger (l.) und Franziska Giffey am 5. März 2019 auf einer Pressekonferenz zum Internationalen Frauentag. Berlin hat als erstes und bisher einziges Bundesland den Frauentag zum Feiertag gemacht. Foto: Markus Frenzel

die Berliner SPD eingesetzt und darauf sind wir sehr stolz. Als der Frauentag in Berlin Feiertag wurde, war es schön zu wissen, dass man etwas geschaffen hat, das bleibt. Der Kampf für Frauenrechte ist jedoch noch nicht vorbei: Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist aktueller denn je. Längeres und näheres Zusammensein bedeutet für erschreckend viele nicht Langeweile als größte Sorge, wie oftmals behauptet wird, sondern blanke Angst vor den Launen des Partners.

Und wir wollen Parität in den Parlamenten. Wir als SPD sind

überzeugt davon, dass all die Probleme, die eben besonders für Frauen wichtig sind, auf Dauer nur gelöst werden können, wenn diese durch Frauen in den Parlamenten angegangen werden können.

Franziska Giffey
Iris Spranger

Ein Interview mit Iris Spranger zu diesem Thema finden Sie online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/interview-frauen-feiertag>

Historie des Frauentags

Historikerin Gisela Notz erzählt von den Hintergründen

Am ersten Internationalen Frauentag am 19. März 1911 gingen unter dem Kampfruf „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ mehr als eine Million Frauen in USA, Deutschland, in der Schweiz, in Dänemark und Österreich auf die Straße und forderten soziale und politische Gleichberechtigung für alle Frauen, so war es bei der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen beschlossen worden.

Seitdem haben wir einiges erreicht. Dennoch bleiben Wünsche offen, auch wenn seit 1949 der Grundsatz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ zu den Grundrechten gehört.

„Genossinnen! Arbeitende Frauen und Mädchen! Der 19. März ist euer Tag. Er gilt eurem Recht. Hinter eurer Forderung steht die Sozialdemokratie, stehen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Die sozialistischen Frauen aller Länder fühlen sich mit euch solidarisch. Der 19. März muss euer Ehrentag sein“, so war der Aufruf der Sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften in der „Gleichheit“ vom 13. März 1911 überschrieben.

Der Internationale Frauentag wurde zum internationalen Tag des Kampfes der Frauen für politische und ökonomische Rechte, für eine humane, emanzipatorische Gesellschaft; gegen Krieg, Ausbeutung und Entrechtung. 1921 sollte einheitlich auf der ganzen Welt der 8. März der Internationale Frauentag werden.

In den folgenden Jahren erlebte die Frauentagsbewegung Fortschritte, Rückschritte, Erfolge und Niederlagen. Je nachdem, wie es die herrschende politische Meinung wollte, wurde der Internationale Frauentag verboten, geduldet oder gar von oben verordnet.

De facto ging es in der Frauenfrage während der 111 Jahre nur langsam voran. Der Fortschritt der vergangenen Jahrzehnte besteht darin, dass sich Frauen öfter trauen, öffentlich gegen das ungeheure Unrecht der kapitalistisch-patriarchalen Ordnung anzukämpfen.

Der Internationale Frauentag sollte ein Kampftag bleiben. Denn die soziale Ungleichheit nimmt weltweit zu und die Antwort auf die ganze Frauenfrage, mit der die Forderung zum ersten Internationalen Frauentag verbunden werden sollte, steht auch heute noch aus. Ebenso wie das Ziel, das Clara Zetkin 1911 im Vorfeld zum Frauentag formulierte: „Sein Ziel ist Frauenrecht als Menschenrecht, als Recht der Persönlichkeit, losgelöst von jedem sozialen Besitztitel.“ Dieses Ziel sei „erst erreicht, wenn die politische Knebelung des gesamten weiblichen Geschlechts [...] ein Ende nimmt.“

Um darauf hinzuarbeiten, braucht es breite Bündnisse von allen Menschen, die mit den Verhältnissen, so wie sie sind, nicht einverstanden sind. Nach wie vor geht es um den Kampf aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechtes, gegen alle Ausbeutenden, ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechtes.

Gisela Notz

„Was wir brauchen ist ein Kulturwandel“

Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci spricht über Frauen in systemrelevanten Berufen und Führungspositionen

Berliner Stadtblatt: Ob nun als Pflegekraft, medizinische Fachkraft, Erzieherin oder KassiererIn: Frauen schultern in der Corona-Pandemie in systemrelevanten Berufen den größten Anteil der Lasten: Liebe Dilek, glaubst du, dass durch die Krise genannte Berufe aufgewertet werden oder wurden?

Dilek Kalayci: Durch die Corona-Pandemie hat sich erneut die enorme Bedeutung systemrelevanter Berufe gezeigt, die zu einem großen Teil von Frauen geleistet werden. Gerade die SAGHE-Berufe, also Soziale Arbeit, Gesundheit, Hauswirtschaft und Erziehung, gewährleisten eine Fortführung unabdingbarer gesellschaftlicher Abläufe. Um dieser Leistung gerecht zu werden, braucht es nicht nur Applaus, sondern eine Aufwertung dieser Berufe.

Auch vor der Corona-Pandemie hat sich Berlin für eine solche Aufwertung stark gemacht. Die Kampagne „Pakt für Pflege“, die von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung ins Leben gerufen wurde, hat die Aufwertung von Pflegeberufen zum Ziel. Die Unterzeichnenden sind zahlreiche Verantwortliche aus der Pflege- und Gesundheitsbranche, die sich zu konkreten Handlungsschritten zur Verbesserung der Arbeitssituation in der Pflege verpflichten. Konkret in den Bereichen bedarfsgerechter Ausbau der Ausbildung, bessere Vergütung in der Altenpflege und in den Krankenhäusern.



Gleichstellungssenatorin Dilek Kalayci wünscht sich Unternehmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ihrer Sache machen und die passende Lösung dafür selbst entwickeln.

Foto: SenGPG/Nils Bornemann

Zusätzlich dazu strebt Berlin eine deutliche Aufstockung des Pflegepersonals an. Bundesweit wurde die Ausbildungsoffensive in der Pflege gestartet, die die notwendig gewordene Umstrukturierung und die Verdopplung der Ausbildungszahlen aus dem Pakt für Pflege vorantreibt. Zudem hat die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), in

der Berlin ein Mitglied ist, den Sozial- und Erziehungsdienst deutlich aufgewertet: die Einkommen von Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen wurden ab 2020 grundsätzlich verbessert.

Obwohl damit schon wichtige Schritte getan wurden, müssen weitere Maßnahmen folgen, die die

Aufwertung der systemrelevanten Berufe vorantreibt.

Anfang dieses Jahres beschloss die Bundesregierung eine Frauenquote in Unternehmensvorständen. Wie sieht es im Vergleich mit den Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst des Landes Berlin aus?

In der öffentlichen Verwaltung hat das Landesgleichstellungsgesetz (LGG) Früchte getragen: In den obersten Landesbehörden zum Beispiel stieg der Frauenanteil in den vergangenen 20 Jahre in den Referatsleitungen von 17 auf 47 Prozent und in den Abteilungsleitungen von 10 auf 44 Prozent. Seit der LGG-Novelle 2010 gilt das LGG auch für die Berliner Landesunternehmen.

In Anstalten des öffentlichen Rechts und Beteiligungsunternehmen konnte Berlin den Frauenanteil der von Berlin zu besetzenden Mitglieder in den Aufsichtsräten auf 53 Prozent steigern, und bei den Vorstands- und Geschäftsleitungspositionen sind inzwischen knapp 39 Prozent erreicht worden. Das ist eine insgesamt sehr erfreuliche Entwicklung. Im Vergleich zu den Zahlen im Bund steht das Land Berlin, besonders bei den Geschäftsführungs- beziehungsweise Vorstandspositionen sehr gut da. Während im Bund nur 15,2 Prozent der Stellen mit Frauen besetzt sind, sind es in Berlin 41,5 Prozent.

Wie können oder sollten Berliner Unternehmen zu einer besseren

Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen?

Die Träger der Kampagne „Gleichstellung gewinnt“, also die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin und der IHK Berlin, stehen auf dem Standpunkt: Wir haben in der Berliner Wirtschaft gut bewährte Lösungsstrategien und immer neue innovative Vorbilder – für kleine Betriebe, für große Unternehmen, ob in der IT-Branche oder in einem klassischen Handwerk. Unbestritten ist, dass manche Unternehmen dafür weniger Gestaltungsspielraum haben als andere. Das kann finanzielle oder zeitliche Gründe haben und an den besonderen Anforderungen der Branche selbst liegen. Was wir brauchen, sind mehr Unternehmen, die die Vereinbarkeit wirklich zu ihrer Sache machen und die passende Lösung für sich selbst entwickeln, sprich: einen Kulturwandel.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/frauentag-kalayci/>



Das Ideal der Berliner SPD ist eine bezahlbare Stadt

Warum der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh in der Corona-Krise nicht sparen möchte, erzählt er im Stadtblatt-Interview

Berliner Stadtblatt: Das Wahlprogramm der SPD Berlin enthält neben den bekannten fünf B's auch Themen, die vielleicht nicht alle unmittelbar betreffen, jedoch trotzdem enorm wichtig sind: Welche sind das, und warum?

Raed Saleh: Es ist ganz wichtig, dass wir eine gute Balance zwischen Außen- und Innenstadtbereichen hinbekommen. Das ist für mich, genauso wie die Frage der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes, eine Querschnittsaufgabe. In allen Bereichen müssen wir also auch die Außenbezirke oder die Nachhaltigkeit mitdenken. Beispielweise bei den fünf B's, die du gerade erwähnt hast. Hier ist für mich sehr wichtig, dass wir gerade auch in den Außenbezirken ein gutes Stück weiterkommen: also bessere Bildung, mehr Bauen, noch bessere Wirtschaft, mehr Sicherheit und vor allem auch Sauberkeit der Kieze, beschleunigte Verfahren in den Ämtern. Ein weiteres Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, sind die vielen Tausend Kleingärten in der Stadt. Diese müssen wir schützen und erhalten.

Berlin war vor der Corona-Lage an der Spitze des Wirtschaftswachstums in Deutschland: Du willst dahin nach der Krise zurückkehren – wie?

Wir bekommen eine weiterhin wachsende Wirtschaft nur hin, wenn sich die Wirtschaft bei uns auch wohlfühlt. Dafür arbeitet die SPD seit vielen Jahren. Franziska Giffey und ich haben immer gesagt,

dass wir den roten Teppich für neue Investoren ausrollen werden. Und das ist in der Tat wortwörtlich zu verstehen: Bei uns finden Unternehmenschefs immer ein offenes Ohr. Wir werden alles Mögliche möglich machen, damit neue Arbeitsplätze in Berlin entstehen. Siemens Energy, Tesla oder auch BASF sind da gute Beispiele, wie es zuletzt sehr gut geklappt hat. Wer bei uns Geld investieren will, der bekommt von uns die volle Unterstützung. Es muss nur eines gewährleistet sein: Die Löhne müssen fair und die Arbeitsbedingungen korrekt sein.

„
Ob ich mich
sicher fühle,
fängt im
Kopf an.“



Raed Saleh

Die SPD Berlin denkt soziale und innere Sicherheit zusammen – warum ist das so wichtig?

Nur wenige Menschen können sich ihre Sicherheit selbst leisten. Aber die meisten Menschen sind dafür auf einen starken Staat angewiesen. Ob ich mich sicher fühle, fängt im Kopf an. Deswegen ist



Der SPD-Landesvorsitzende Raed Saleh möchte Unternehmen unterstützen: Voraussetzung dafür sind laut seiner Aussage faire Löhne und korrekte Arbeitsbedingungen

Foto: Privat

die subjektive Sicherheit genauso wichtig. Mehr Streifen in den U-Bahnhöfen, mehr Kontaktbereichsbeamte, mobile Wachen sind dafür die Voraussetzung. Für mich gehört tatsächlich beides zusammen: die Sicherheit der Menschen in ihrem Kiez und die soziale Sicherheit. Genauso wie sich Menschen auf der Straße sicher fühlen müssen, müssen sie Vertrauen in ihre wirtschaftliche und soziale Lage haben. Dazu gehört, dass die Berlinerinnen und Berliner nicht Angst haben müssen, aus ihren Kiezen vertrieben zu werden. Sie dürfen nicht ständig

Arbeitslosigkeit oder immer höhere Lebenskosten fürchten müssen. Deswegen setzen wir uns ja eben auch für eine starke Berliner Wirtschaft ein und haben etwa die Bildung – von der Kita bis zur Uni – komplett gebührenfrei gemacht. Unsere Vision von der bezahlbaren Stadt ist für uns das Leitbild für mehr soziale Sicherheit für alle.

In der Pandemie-Lage betonst du immer wieder: „In der Krise muss investiert und nicht gespart werden!“ Was bedeutet das, vor allem für Berliner Familien?

Wir können es momentan überall beobachten – die Corona-Krise trifft uns alle. Wirtschaftlich sind manche aber besonders hart getroffen. Die Beschäftigten in der Gastronomie, dem Tourismus, die vielen Angestellten im Einzelhandel, Unternehmerinnen und Unternehmer in den verschiedensten Branchen, all die Menschen in der Kultur, die Berlinerinnen und Berliner, die unsere weltweit bewunderten Clubs betreiben und viele mehr. Ihnen allen müssen wir Perspektiven bieten, und wir müssen Vertrauen schaffen. Wir werden alles uns Mögliche tun, um die wirtschaftliche Existenz aller Menschen in unserer Stadt abzusichern. Vor allem müssen wir uns da natürlich um die Familien kümmern. Es darf nicht sein, dass die Viruspanemie die Startchancen für viele Kinder verschlechtert.

Ganz klar, wir wollen und wir werden auch weiterhin für alle Berliner Kinder und alle Bürgerinnen und Bürger kämpfen, damit niemand benachteiligt wird. Es geht um die Zukunft all der wunderbaren Menschen in unserer Stadt.

Fragen: Sebastian Thomas

Das vollständige Interview online:

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/bezahlbare-stadt-saleh/>



Nicht hereinfliegen Schnellschuss vermeiden

Gespräch mit Stefanie Elies (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Die Hälfte der Macht für Frauen muss auf rechtssicheren Füßen stehen

Berliner Stadtblatt: Rechte Akteure und Akteure machen in der Corona-Pandemie gegen ein modernes Familienbild mobil. Das war jedoch schon vorher der Fall. Was ist in der Corona-Krise anders?

Stefanie Elies: Die Corona-Krise ist eine Zeit der Verunsicherung, die sich Rechtspopulist:innen zunutze machen. Es ist auch eine Zeit, in der Verschwörungsmen Hochkonjunktur haben, wie wir bei den Demos gegen die Corona-Maßnahmen gesehen haben. Rechte Akteure und Akteure nutzen diese Tendenzen, um ihre antifeministischen Ideologien zu verbreiten und neue Allianzen zu schaffen.

Mit Blick auf die Lockdowns sprechen Teile der Wissenschaft in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit von einem „Rollback“ ...

Im Lockdown bleibt die Fürsorge- und Erziehungsarbeit in den Familien vor allem wieder an den Frauen hängen. Zwar zeigt sich, dass Männer inzwischen mehr zu gerechterer Verteilung dieser Aufgaben beitragen, aber die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit liegt nach wie vor bei den Frauen.

Am Anfang der Pandemie gab es großes Verständnis in der Bevölkerung für das Regierungshandeln. Im Verlauf der Pandemie nahm dies jedoch ab – das zeigte sich insbesondere auf Corona-Demos. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?

Bei den derzeitigen komplexen Herausforderungen wächst bei vielen das Bedürfnis, Schuldige auszumachen, und das sind oft „die Politik“ oder „die da oben“. Diese Vereinfachungen erklären auch, warum plötzlich so unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bei den Corona-Demos nebeneinander auftauchen: So unterschiedlich ihre Beweggründe sind, sie haben ein gemeinsames Ventil für ihren Unmut und teilen das gleiche Feindbild, die Corona-Maßnahmen.

Auf den Demos wurden auch Familien gesichtet – Seit’ an Seit’ mit Rechtsextremist:innen. Warum verfolgen hier Vorstellungen eines rückwärtsgewandten Familienbildes?

Tendenzen zur Retraditionalisierung von Rollenbildern und zum Antifeminismus sind in der Mitte der Gesellschaft durchaus anschlussfähig, wie unsere Studien zeigen. Rechtsextreme und -populisten haben bei den Demos auch eine neue Strategie an den Tag gelegt, indem sie ihre Propaganda und Mobilisierung unter dem Deckmantel des Kindeswohls tarnen. Hier muss man aufpassen, dass besorgte Eltern nicht auf diese Taktiken hereinfliegen.

Fragen: Sebastian Thomas

<https://spd.berlin/magazin/berliner-stimme/antifeminismus-corona>

Frauen stellen gut die Hälfte der Bevölkerung, dennoch wird Politik mehrheitlich von Männern gemacht. Im Berliner Abgeordnetenhaus ist die Quote der Frauen ständig gesunken – von 39,6 Prozent im Jahr 2006 auf 33,1 Prozent im aktuellen Parlament. Doch viele Entscheidungen haben Auswirkungen auf Frauen. Wir müssen die Aufgabe lösen, wie wir diese Unterrepräsentanz von Frauen im Parlament verringern können.

Ein Instrument für gleichberechtigte Teilhabe im Parlament ist ein Paritätsgesetz. In Frankreich wurde ein solches Gesetz bereits vor über 20 Jahren durch eine Verfassungsänderung eingeführt. Versuche in Brandenburg und Thüringen, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen, sind im vergangenen Jahr vor den jeweiligen Verfassungsgerichten gescheitert. „Die Vorgabe einer paritätischen Besetzung von Landeslisten verletzt die passive Wahlrechtsgleichheit von Kandidatinnen und Kandidaten“, so die Brandenburger Verfassungsrichter:innen. Damit scheidet nach unserer Auffassung eine Lösung aus, die gesetzliche Vorgaben an die Parteien zur geschlechterquotierten Aufstellung der Kandidat:innen macht.

Das Grundgesetz sagt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Dieser Gleichheitsgrundsatz macht es erforderlich, dass der Gesetzgeber aktiv wird und die vielfältigen strukturellen Benachteiligungen von Frauen verringert und abbaut.



Sven Kohlmeier und Derya Çağlar arbeiten an einem rechtssicheren Paritätsgesetz mit.

Foto: Privat

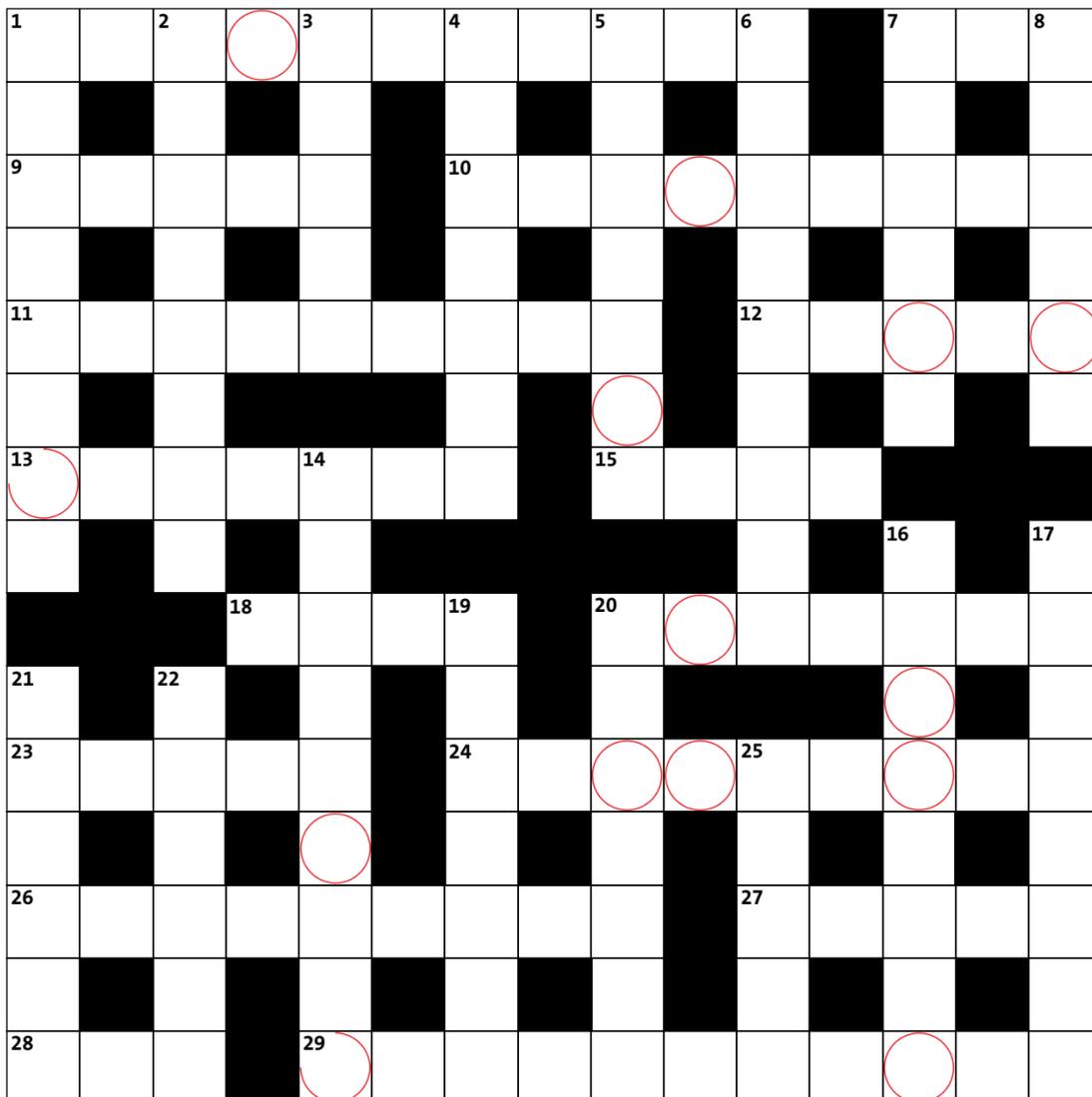
Die Urteile in Brandenburg und Thüringen machen die Herausforderung deutlich, vor der wir stehen. Die beste Lösung wäre eine Verfassungsänderung. Diese ist leider weder auf Bundes- noch auf Landesebene mehrheitsfähig. Deshalb wollen wir auf Landesebene mit einem Landesgesetz tätig werden. Dabei hilft es niemandem, ein Gesetz zu verabschieden, welches sich später als verfassungswidrig heraus-

stellt. Gemeinsam mit Jurist:innen und Fachpolitiker:innen aus Fraktion und Partei beraten wir seit Monaten, um für Berlin eine rechtssichere Lösung zu erreichen. Dabei sind wir auf einem guten Weg und können bald Ergebnisse präsentieren.

Diese werden in der Gesellschaft vielfältig diskutiert werden, und das ist auch gut so. Natürlich ist heute schon absehbar, dass die konservative und rechte Fraktion im Berliner Parlament mehr Beteiligung von Frauen im Parlament ablehnen und gegen ein Berliner Gesetz klagen werden. Deshalb gilt für uns: Besser rechtssicher als ein verfassungswidriger Schnellschuss.

Sven Kohlmeier, MdB
Derya Çağlar, MdB

BERLINER STADTBLATT PREISRÄTSEL



WAAGERECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

- 1 Meistens (leider) Frauensache
- 7 Traute
- 9 Koseform von Heinrich
- 10 8. März
- 11 Blechschaden folgt
- 12 Nachbar im Osten
- 13 so sollte es zwischen Männern und Frauen zugehen
- 15 Besch ... ss
- 18 um seine Gleichheit kämpfen Frauen seit Jahrhunderten
- 20 Arbeiter, der mit flüssigem Metall umgeht
- 23 nie zu niedrig, oft zu hoch
- 24 umweltfreundliche Folie aus Cellulose
- 26 radikaler Zweifel, Ablehnung
- 27 sie gehört zu den höchsten Laubbäumen in Europa
- 28 Berliner Kindl
- 29 Schnaps, Zigaretten, Cannabis

- 16 Deutschlands Nachbar im Südosten
- 17 Obst und Gemüse für Salatverächter
- 19 Kopie, Replikat
- 20 schwach, vorsichtig
- 21 entweder in der Schüssel oder vom Zehner
- 22 erste Bundestagspräsidentin
- 25 österreichische Sahne

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eine politische, wirtschaftliche und soziale Selbstverständlichkeit, um die (leider) noch gestritten werden muss.

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.03.2021 per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstraße 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
berliner.stadtblatt@spd.de

SENKRECHT

Umlaut = 1 Buchstabe
ß = ss

- 1 Schuppenkriechtier
- 2 Wurmkrout
- 3 heidewüchsiger Frauenname
- 4 kluger Vortrag
- 5 spüren, wittern
- 6 Dachhaut
- 7 Industriegewerkschaft mit 420.000 Frauen
- 8 gute Eigenschaft
- 14 französisches Frühstücksgedäck

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei Exemplare des Buchs „Young Rebels“ von Benjamin und Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer.

Zu diesem Buch finden Sie auf Seite 7 eine Rezension.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

UNTER DER EINSENDUNGEN MIT DEM RICHTIGEN LÖSUNGSWORT VERLOSEN WIR DREI EXEMPLARE DES BUCHS „YOUNG REBELS“ · MEHR ÜBER DAS BUCH AUF SEITE 7

Mit der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya

Das außergewöhnliche Leben der Berliner Jüdin Jael Botsch-Fitterling

Eine gemütliche, 90 Jahre alte, mit Büchern vollgestellte Wohnung in der Künstlerkolonie am Breitenbachplatz. Wir sind in der Berliner Geschäftsstelle der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit mit der jüdischen Vorsitzenden verabredet. Jael Botsch-Fitterling ist die wohl prominenteste Vertreterin der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Berlin. Die engagierte Sozialdemokratin hat eine ganz besondere Biografie.

Jael Botsch-Fitterling hat sowohl von Geburt die palästinensische, nach der Staatsgründung die israelische und rückwirkend von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft. Ihr Vater Walter Schachtel, geboren 1907, war ein richtiger „Berliner Jung“. Er wurde Wirtschaftsjournalist, erlebte die Straßenschlachten mit den Nazis und wusste: Wenn Hitler an die Macht kommt, setzt er um, was er in „Mein Kampf“ den Juden angedroht hatte. Im Mai 1933 wanderte der Junggeselle ins britische Mandatsgebiet Palästina aus. Er wurde Fahrer der Buslinie 24 von Haifa nach Nahariya an der Grenze zum Libanon. Eine junge Frau, die ihr Medizinstudium in Hamburg hatte abbrechen müssen, fuhr oft mit. Sie verliebten sich, heirateten, vier Söhne und eine Tochter kamen zur Welt. Jael wurde 1941 in Jerusalem geboren.

Als Deutschland zehn Jahre nach dem Krieg die Juden zur Rückkehr einlud, packte die Familie Schachtel



Jael-Botsch Fitterling kommt im Jahr 1941 zur Welt. Das kleinere Bild zeigt sie als Kind. Sie sitzt auf dem Fahrersitz der Buslinie 24. Diesen Bus hat ihr Vater damals von Haifa nach Nahariya gesteuert. Fotos: Ulrich Rosenbaum/Privat

die Sachen und ging über Paris nach Frankfurt. Vater Walter hatte in seinem alten Beruf zwar wenig Glück, fand aber Anstellung bei der Stadt Frankfurt. Jael machte ihr Abitur, begann in Frankfurt zu studieren, doch dann zog es sie an die FU Berlin. Sie war in der 68er-Bewegung aktiv, war Mitbegründerin des Republikanischen Clubs, war nach dem Examen vierzig Jahre Lehrerin in Steglitz, zunächst am Fichten-

berg-Gymnasium und zuletzt an der Kopernikus-Gesamtschule Studienleiterin für Biologie, Physik und Chemie an Steglitzer Gymnasien.

Aus ihrer ersten Ehe mit dem Radiologen Hanno Botsch vom Klinikum Steglitz stammen zwei Söhne. Micha ist Kinderarzt in Gropiusstadt, Gideon als Professor an der Uni Potsdam Experte für Antisemitismus und Rechtsextremismus.

In zweiter Ehe ist Jael Botsch mit dem Politikwissenschaftler Dieter Fitterling verheiratet. Beide wurden bekannt mit dem Projekt der Spiegelwand nahe dem Rathaus Steglitz und der einstigen Wolfenstein-Synagoge, die die Namen der von den Nazis ins Gas geschickten Mitbürger:innen auflistet. Es war nicht einfach, das Vorhaben gegen fadenscheinige Argumente der CDU durchzusetzen.

Schon als Studentin hat sich Jael Botsch-Fitterling für die christlich-jüdische Zusammenarbeit engagiert. Und auch in der jüdischen Gemeinde in den Zeiten des legendären Heinz Galinski. Sie war in der Gemeinde für das Bildungswesen zuständig und wesentlich an der Gründung einer jüdischen Grundschule beteiligt.

Wie kommt sie mit der durch russische Einwanderer erheblich angewachsenen jüdischen Gemeinde heute klar? „Ich bin Demokratin“, sagt sie, auch wenn sie am Ende vergebens für die Repräsentantenversammlung wiederkandidiert hatte. Wichtig ist ihr, dass das Judentum in Berlin unter dem Strich liberal ausgerichtet ist.

Und wie steht es um den Antisemitismus heute? Kann man in Berlin als Jude sicher leben? „Manchmal denke ich nach, ob das für meine Enkel noch der richtige Ort ist.“ Als sie noch in Steglitz Schüler unterrichtete, gab es keine Probleme. Sie hat mehrfach Schüler-Reisen nach Israel organisiert, die sehr gefragt waren. Sie sind auch immer nach Nahariya gefahren. „Dann war ich dort eine Deutsche“, sagt sie. „Aber im Herzen bin ich immer Israelin geblieben.“

In diesem Sommer wird Jael Botsch-Fitterling 80 Jahre alt und darf auf ein ganz besonderes Schaffen zurückblicken.

Ulrich Rosenbaum

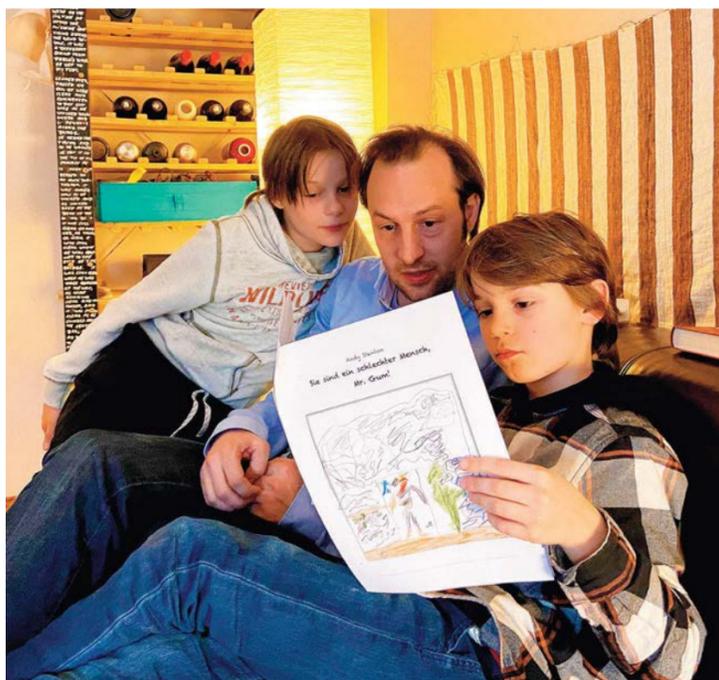
Lehrkraft und Elternteil in einem

Bei Anselm Mattes und Bettina Keller trifft Homeoffice auf Homeschooling

Im Hause Mattes und Keller gibt es an diesem Tag Ratatouille, Reis und Schupfnudeln zum Mittag – vorgekocht. „In der Pandemie haben wir es uns zur Gewohnheit gemacht, einmal die Woche groß einkaufen zu gehen und das Mittagessen für jeden Tag bereits am Wochenende vorzubereiten“, erklärt Anselm Mattes. So wolle die Familie viele Kontakte vermeiden.

Seine beiden Söhne Jakob und Konrad decken derweil den Tisch. Normalerweise wären sie um diese Zeit in der Schule: Jakob in der sechsten, Konrad in der vierten Klasse. Doch durch die Pandemie ist das öffentliche Leben in Berlin nicht zum ersten Mal weitestgehend heruntergefahren, was für Familien bedeutet: Homeoffice und Homeschooling.

Anselm Mattes und seine Freundin Bettina Keller arbeiten beide in Vollzeit – sie als Professorin an der Freien Universität Berlin und er bei einem Beratungsunternehmen. „Vor knapp einem Jahr wurden unsere Jobs quasi über Nacht fast vollständig auf Videokonferenzen umgestellt. Im Prinzip können wir beide gut von zuhause aus arbeiten.“, erklärt der 40-Jährige. Nur Bettina Keller muss für manche Sachen noch zur Universität fahren. Bei der Kinderbetreuung fanden beide auch schnell eine Lösung: „Am Anfang haben wir uns tageweise bei der Schulunterstützung unserer Kinder abgewechselt“, erzählt Anselm Mattes. Die Umstellung auf Homeschooling war jedoch, wie er sagt, mühsam: „Wir bekamen von fünf bis sechs Lehr-



Aushilfslehrer und Elternteil in Personalunion: Vater Anselm Mattes löst zusammen mit seinen beiden Söhnen Schulaufgaben. Foto: Sebastian Thomas

kräften für zwei Kinder Aufgaben zugeschickt – auf unterschiedlichen Kanälen zu verschiedenen Zeitpunkten mit wechselnden Fristen.“ Das habe viel Zeit und Nerven gekostet, auch weil ständig seine Kinder in der Tür standen und nicht weiterwussten. „Es war anstrengend, neben dem eigentlichen Beruf Aushilfslehrer zu sein“, sagt er. Unterstützung erhielten sie zu diesem Zeitpunkt von Bettinas Vater: Er übernahm mehrmals in der Woche den Matheunterricht – per Videokonferenz aus Stuttgart. „Die Heimbeschulung funktioniert seit

dem erneuten Schließen der Schulen Ende 2020 etwas besser als am Anfang“, erzählt Anselm Mattes. „Die meisten Lehrkräfte sind besser organisiert, es gibt klarer strukturierte Wochenpläne, teils regelmäßige Videokonferenzen, festere Rückmeldekanäle und Fristen.“

Mittlerweile bekommen seine Kinder die Schularbeiten auch weitestgehend allein hin. Das Mittagessen ist inzwischen vorbei: Anselm Mattes erwartet die nächste Videokonferenz, seine Kinder lösen währenddessen weiter Schulaufgaben. Sebastian Thomas

Die Welt verändern

Das Buch „Young Rebels“ erzählt von jugendlichem Mut

Ein 15-jähriges Mädchen setzt sich am 20. August 2018 mit einem weißen Schild vor das schwedische Parlament. Darauf steht: „Skolstrejk för klimatet – Schulstreik für das Klima“. Durch die Aktion löst sie eine weltweite Klimabewegung aus.

Fünf Monate zuvor spricht eine 18-jährige US-Amerikanerin auf dem „March for Our Lives“ in Washington D.C.. Ihre Rede dauert sechs Minuten und 20 Sekunden – genau so lange, wie der Amoklauf am 14. Februar 2018 an ihrer Schule. Durch ihren Protest werden später die Waffengesetze in ihrem Heimatbundesstaat Florida verschärft.

Eine elfjährige Pakistanerin bloggt am 3. Januar 2009 zum ersten Mal für die englische BBC über den Alltag unter dem Regime der Taliban. Sie macht sich für die Rechte von Mädchen stark – vor allem für deren Recht auf Bildung. 2012 überlebt sie schwer verletzt ein Attentat der Terrorgruppe, doch: Sie macht weiter. Zwei Jahre später erhält sie den Friedensnobelpreis.

Die Namen: Greta Thunberg, Emma González und Malala Yousafzai. Die drei Mädchen eint eine Eigenschaft: Alle drei sind junge Rebellinnen – „Young Rebels“. Das gleichnamige Buch aus dem Hanser Verlag beleuchtet neben den drei genannten Aktivistinnen den Werdegang 22 weiterer Jugendlicher. Junge Menschen, die die Welt verändern.

Benjamin Knödler, Online-Redakteur bei der Wochenzeitung *der Freitag*, hat den Band zusammen mit seiner Mutter und Publizistin

Christine Knödler geschrieben. Die Illustration des Buches übernahm die freischaffende Designerin Felicitas Horstschäfer. Die Kombination aus journalistischem Schreiben und eindrucksvollen Abbildungen zahlt sich aus: Die Beiträge zu den einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten sind spannend geschrieben, jeder neue Buchabschnitt wartet am Anfang mit einem ganzseitigen Porträt der Aktivistin, des Aktivisten auf, eine Zusammenfassung in jedem einzelnen Kapitel verschafft der Leserin, dem Leser einen Überblick. Kurzum: Es macht das gesamte Werk einfach lebendig.

Die Geschichten an sich erzählen gemäß dem Titel auch von jungem Rebellentum. Dabei wird deutlich, dass die Gründe für das jugendliche Aufbegehren jedes Mal verschieden sind: Mal möchte der junge Mensch, dass endlich mit einer unsäglichen Sache Schluss gemacht wird (Greta Thunberg), andernorts hat der berühmte Tropfen das Fass zum Überlaufen gebracht (Emma González), mal ist eine junge Frau das Opfer der sie umgebenden Lebensumstände, was sie zum Widerstand bringt (Malala Yousafzai). Was alle Jugendlichen hingegen gemeinsam haben, ist Mut. Eines ist nach der Lektüre sicher: Vieles ist von diesen Jugendlichen noch zu erwarten.

Sebastian Thomas

Young Rebels – 25 Jugendliche, die die Welt verändern!
Benjamin Knödler, Christine Knödler, illustriert von Felicitas Horstschäfer. Hanser Verlag 2020. 192 Seiten. 18,00 Euro

DEUTSCHER KITA-PREIS

STEGLITZER KITA
IM FINALE

Den Preis haben wir noch nicht, aber immerhin ist die Kindertagesstätte des Kita-Eigenbetriebes Süd-West, eine Einrichtung am Brittdorfer Weg, unter den zehn Finalisten für den begehrten Kita-Preis zu finden. Das freut mich besonders, denn als Jugend-Stadträtin bin ich auch Vorsitzende des Verwaltungsrates des Eigenbetriebes.



Worum geht es beim Deutschen Kita Preis? In vier Kategorien müssen die Kitas ihre herausragende Qualität beweisen: Kindorientierung, Sozialraumorientierung, Partizipation und Lernende Organisation. Übersetzt bedeutet das ein umfassendes Bildungskonzept. Das Kind lernt früh, die eigenen Interessen wahrzunehmen und zu artikulieren, diese mit anderen Interessen abzustimmen. Kinder werden in ihrer Persönlichkeit ernst genommen und akzeptiert. Eine besondere Aufmerksamkeit erfährt die Wohnumgebung der Kinder, der Sozialraum. Kinder lernen auf diese Weise, dass sie mitverantwortlich sind für ihre Umgebung, dass sie Teil des öffentlichen Raumes sind. Die Erwachsenen hingegen verstehen sich selbst als Lernende, sie lernen mit und durch die Kinder.

Das alles fand die Jury gut umgesetzt im Konzept der Kita am Brittdorfer Weg. Natürlich verfolgen alle Kitas der Kita-Eigenbetriebe individuell gute Konzepte, entwickeln sich ständig fort und nehmen ihren Auftrag als Bildungseinrichtungen hervorragend wahr. Wir freuen uns dennoch für diesen Standort, der es bis hierhin geschafft hat und drücken den Kolleg*innen die Daumen für das Finale!

Carolina Böhm

www.deutscher-kita-preis.de

Die Pandemie, die Frauen und die Männer

Wie die Krise auf die Geschlechterverhältnisse wirkt

Heute, im März 2021, haben wir in Deutschland zwei Wellen einer Pandemie und zwei Phasen eines Lockdown hinter uns.

Lockdown, das bedeutet für viele in erster Linie, Kitas und Schulen werden geschlossen. Gastronomie, Einzelhandel, kulturelle Einrichtungen auch, das wird nicht vergessen. Aber die Schließung der Bildungseinrichtungen bedeutet immer wieder einen erheblichen Eingriff in das Alltagsleben für alle die mit Kindern leben. Unser Verständnis von einer geschlechtergerechten Gesellschaft beinhaltet ein zentrales Versprechen: Das der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Vereinbarkeit besteht auf der Grundlage eines gut ausgebauten, umfassenden und verlässlichen Angebotes der (früh)kindlichen Bildung.

DRASTISCHE MEHRBELASTUNG FÜR FAMILIEN

Erste Untersuchungen über die veränderte Situation im Lockdown Frühjahr 2020 stellte Jutta Allmendinger bereits im Mai 2020 in der Zeit vor:

„Über 20 Prozent von ihnen (den Frauen) reduzieren ihre Arbeitszeit, die ohnehin schon kürzer als die der Männer ist. Gleichzeitig erhöht sich die Zeit, welche die Mütter für die Betreuung der Kinder aufwenden, für die Hausarbeit oder die Pflege



Carolina Böhm

Foto: Uwe Steinert

von Familienangehörigen. All das ist zunächst kein Alarmzeichen. Es ist eine unvermeidbare Reaktion auf die in Corona-Zeiten schnell geschlossenen Kitas, Schulen, Sport-

vereine und krisengeschuldet ausbleibenden Einladungen von Freundinnen und Freunden ihrer Kinder. Infrastrukturen brechen weg, die Kinder brauchen Aufmerksamkeit

und Anregungen.“ (Zeit Gastbeitrag vom Mai 2020)

Seitdem haben Jutta Allmendinger und weitere Kolleg*innen die Situation umfassender erforscht. Sie beschreiben das, was viele Familien derzeit erleben: Eine drastische Mehr-Belastung, vieles davon wird in vielen Konstellationen durch Frauen geleistet: Home-Office, Erzieherin, Lehrerin, Freund*in, Haushalt. Daraus entsteht aktuell eine zu hohe Belastung für alle Beteiligten, der Leidensdruck der Kinder wächst kontinuierlich mit. Die Betrachtung muss in die Zukunft weitergeführt werden. Wenn das Home-Office, also die Arbeit zu Hause zu einer neuen Normalität wird, kann dies Auswirkungen auf die geschlechtsspezifischen Zuschreibungen entwickeln. Denn wer zu Hause ist, kann doch nebenher den Haushalt erledigen, oder? Einen weiteren Aspekt macht Jutta Allmendinger auf: In der Isolation der Arbeit zu Hause fehlen Netzwerke, die zum einen sozial entlasten, die der eigenen Fortentwicklung dienen, bis hin zur beruflichen Karriere. Eine altbekannte Forderung taucht in diesem Zusammenhang auf: Die 32 Stunden Woche für alle, damit trotz Berufstätigkeit genug Zeit bleibt für die Vereinbarkeit!

Carolina Böhm
Bezirksstadträtin für
Jugend und Gesundheit

Paulinenplatz

BVV beschließt SPD-Antrag auf Rückbenennung

Alles begann mit einer nachbarschaftlichen Aufräumaktion im Sommer: Die verwilderte und vermüllte Fläche zwischen Paulinenstraße und Kadettenweg in Lichterfelde-West sollte vom Schandfleck zum Schmuckstück werden.

Ende des 19. Jahrhunderts präsentierte sich der Paulinenplatz als kleine Grünfläche mit Holzbank und eleganter Skulptur in der Mitte. Der Platz selbst verlor seinen Namen in den 1930er-Jahren, wann und wohin die Skulptur verschwand, ist bislang ungeklärt. Fest steht jedoch, dass die namenlose

Fläche zuletzt nicht mehr gepflegt wurde.

Dies wollten die Anwohnerinnen und Anwohner nicht länger hinnehmen und gründeten eine Nachbarschaftsinitiative. Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf hat den Wunsch der Nachbarschaftsinitiative, dem Platz seinen historischen Namen zurückzugeben, aufgegriffen. Zudem konnte sie Sondermittel in Höhe von 6.500 Euro für die Neugestaltung durchsetzen. Der Antrag wurde im September mit großer Mehrheit beschlossen werden.

RD

Überall mitdenken!

Digitalisierung – von der Kita bis zur Volkshochschule

Dass Digitalisierung unsere Welt mit hoher Geschwindigkeit verändert und alle Lebensbereiche durchdringt, ist uns allen schon länger bewusst. Trotzdem ist Digitale Bildung in Deutschland lange zögerlich angegangen worden.

Nicht nur die Politik hat ihre Prioritäten anders gesetzt, Technologiekritik ist im Land Goethes weit verbreitet. Nun zeigt sich aber umso mehr, wie wichtig digitale Mündigkeit für alle Generationen und Geschlechter ist, nicht nur für berufliche Zwecke, sondern für die eigene Gesundheit, die Kommunikation, die Organisation des täglichen

Lebens, die demokratische Beteiligung, schlicht die Teilhabe. Nicht nur Termine im Netz zu buchen, auch sicher zu sein vor Betrug und falschen Informationen gehört dazu.

Über die bestehenden Angebote hinaus, zum Beispiel Kurse für Senioren bei der AWO oder Volkshochschule, brauchen wir umfassende Angebote, die wir in unseren Räumen für Bildung und Demokratie schaffen wollen, um die digitale Spaltung zu verhindern. Der Nerd hat ausgedient.

Ina Czyborra · Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Wissenschaft im Südwesten Berlins

Ina Czyborra stellt drei Zukunftsprojekte vor, die für sie Herzenssachen sind

Kürzlich hat die Charité ein Strategiepapier „Wir denken Gesundheit neu Charité 2030“ vorgelegt – mit umfassenden Planungen für alle 4 Standorte.

Der Campus Benjamin Franklin steht im Zeichen der Prävention. Wir alle wollen gesund bleiben und wissen auch grob, was dazu gut wäre, aber immer nur gesund leben schaffen die Wenigsten.

Wir kennen unser persönliches Risiko nicht, als Frau, als Seniorin. Wie schön wenn wir wüssten, was uns wirklich am meisten hilft. Das zu erforschen, aber auch medizinische Bildung zu vermitteln, macht sich die Charité im Südwesten auf den Weg.



Ina Czyborra ist wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Foto: Nils Hasenu

Intensiv arbeitet eine Lenkungsgruppe „Forschungscampus Dahlem“ bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz an einem Konzept für den Museumsstandort.

Kulturen, Forschen, Dinge und Wissen sind ihre Überschriften. Als SPD im Bezirk fordern wir seit langem Perspektiven für die großartigen denkmalgeschützten Bauten, als Kulturort der allen Menschen offensteht.

Wir wollen uns aktiv mit den Bürger:innen in die Debatte einbringen und erwarten vom Bund als Eigentümer die Mittel für Sanierung und neue Konzepte bereit zu stellen.

Im Dezember 2020 wurde der Grundstein für das neue Gebäude für Biodiversitätsforschung von FU und Leibniz-Institut IGB gelegt.

Gleichzeitig baut der Botanische Garten und gestaltet sein Museum neu. Erhaltung der Biodiversität ist für die Menschheit überlebenswichtig und mit einem der größten botanischen Gärten der Welt und dem neuen Zentrum werden wir im Südwesten einen wichtigen Beitrag leisten. Außerdem ist das Gebäude ein Musterbeispiel für nachhaltiges Bauen.

Diskutieren Sie diese und weitere Visionen für unseren Bezirk auf meiner Website www.czyborra.info